

Heinz-J. Bontrup

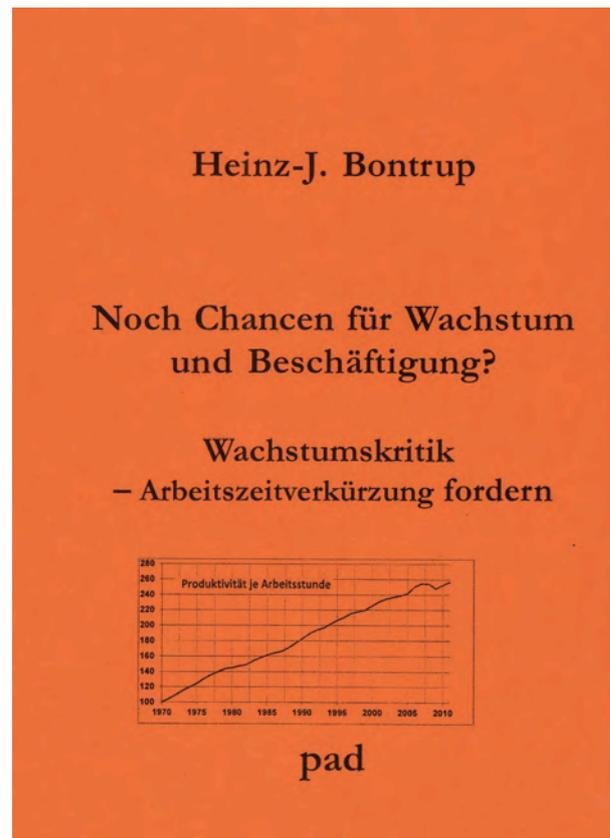
Noch Chancen für Wachstum und Beschäftigung?

Wachstumskritik – Arbeitszeitverkürzung fordern

1. Einleitung

Es gibt eine ernstzunehmende Kritik am kapitalistischen, profitgetriebenen Wirtschaftswachstum. Mit dem 1972 erschienenen Bericht des *Club of Rom* wurden die Ressourcen- und Wachstumsgrenzen zum ersten Mal aufgezeigt. Wachstumskritiker von heute sprechen insbesondere im Hinblick auf den *Klimawandel* von der Notwendigkeit einer *Postwachstumsgesellschaft*, einer

„Verzichtsgesellschaft“, oder zumindest von einem „grünen“ Kapitalismusmodell.¹ Wir brauchen mittlerweile 1,6 Erden, weil die Menschheit die natürlichen Ressourcen schneller ausbeutet, als die Erde sie generieren kann.² Wachstumskritiker konstatieren auch, das Versprechen „Wachstum gleich Wohlstand“ würde immer weniger geglaubt und real erfahren. Richtig ist sicherlich, dass Wachstum nicht automatisch auch mehr *Wohlstand und Glück* für die Menschen bedeutet. „Diese Zweifel am Sinn des Wachstums wurden durch Erkenntnisse der relativ neuen wirtschaftlichen Disziplin, der ‚*Glücksforschung*‘ untermauert.“³ Hier wird, bei aller Messproblematik, nachgewiesen, dass ab einem gewissen BIP – und damit Einkommensniveau – keine Steigerung des individuellen Wohlbefindens mehr feststellbar ist.“⁴ Das Problem ist hierbei nur, dass es kein einheitlich definierbares gesellschaftliches Wachstums- und Einkommensniveau für individuell unterschiedliche und interpersonell nicht vergleichbare Glücksempfindungen gibt. Und außerdem ist das personelle Einkommen realiter stark *ungleich verteilt*. Un-



¹ Vgl. Gasche, U. P./Guggenbühl, H., *Das Geschwätz vom Wachstum*, Zürich 2004, Kaufmann, S./Müller, T., *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*, Berlin 2009, Thie, H., *Rotes Grün, Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft*, Hamburg 2013, Latouche, S., *Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn*, München 2015, Zinn, K. G., *Vom Kapitalismus ohne Wachstum zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus*, Hamburg 2015, Fatheuer, T./Fuhr, L./Unmüßig, B., *Kritik der grünen Ökonomie*, München 2016.

² Vgl. dazu die aktuellen Berichte zum Earth Overshoot Day: „Die Welt ist nicht genug“ (Tagesspiegel 08.08.2016) und Sievers, M., *Leben von der Substanz*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 09.08.2016.

³ Vgl. Thierbach, P., *Auf dem Weg zu einer allgemeinen Theorie des Glücks. Eine Bestandsaufnahme der Glücksforschung*, München 2010.

⁴ Reuter, N., *Von der Wohlstands- zur reinen Wachstumsenquete? Zur Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“*, in: *Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin*, Ausgabe 15: Mai/Juni 2012.

tere Einkommenschichten und Arbeitslose wollen berechtigterweise „wachsen“ und mehr konsumieren. Sie empfinden in vieler Hinsicht einen materiellen (ökonomischen) Mangel und Ungleichheit macht unglücklich, stellt eine internationale Studie von Ökonomen fest. Wenn die Kluft zwischen den Reichen und dem Rest der Bevölkerung wächst, leidet auch die Lebensqualität. Am Ende Aller.⁵

Beim Wachstum ist aber auch die grundsätzliche Frage zu stellen, ob in den alt-industrialisierten und aufholenden Volkswirtschaften zukünftig auf Grund der nur noch *abnehmenden* ökonomischen und technischen Entwicklungspotenziale überhaupt ein Wachstum noch möglich ist? Hier ist eine wohl berechtigte Wachstumsskepsis zu konstatieren, die schon vor langer Zeit von den großen Ökonomen David Ricardo, Karl Marx und John Maynard Keynes prognostiziert wurde.⁶ „Ricardos Vorhersage des langfristigen *Profitratenfalls* argumentiert mit der Malthusschen Erkenntnis, dass ein unbeschränktes demografisches Wachstum irgendwann die Tragfähigkeit der Erde überschreiten wird und Wachstum an natürliche Grenzen stößt. Die Triftigkeit dieser Überlegung erscheint heute weit plausibler als während der ersten 170 Jahre industriekapitalistischen Wachstums, als die natürlichen Ressourcen noch schier unerschöpflich eingeschätzt wurden, das ökologische Bewusstsein bestenfalls als unterentwickelt gelten konnte und die Weltbevölkerung nicht einmal ein Drittel der gegenwärtigen betrug. Marx *arbeitswerttheoretische Begründung* des Profitratenfalls stellt die infolge der Kapitalakkumulation eintretenden Verschiebung zwischen Kapitalmasse (konstantem Kapital) und Arbeitseinsatz (variables Kapital), der den Mehrwert hervorbringt, ins Zentrum: Der Mehrwert sinkt in Relation zur Kapitalmasse, und somit sinke die Profitrate. Auch Keynes *Stagnationstheorem* folgt aus dem Anstieg der Kapitalmasse, d.h. der infolge von Nettoinvestitionen eintretenden (Über)Fülle an Kapital. Wenn die Kapitalknappheit abnimmt, sinkt die Kapitalrendite (Profitrate bzw. in Keynesscher Terminologie: ‚Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals‘.“⁷

Natürlich gibt es heute noch sozial-ökologisch sinnvolle gesellschaftliche Wachstumsmöglichkeiten im Hinblick auf einen öffentlichen Konsum und öffentliche Investitionen in die Daseinsfürsorge (Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Energieversorgung).⁸ Aber auch ein solch sinnvolles Wachstum impliziert einen *Ressourcenverbrauch* – nicht selten mit *Rebound-Effekten*⁹ verbunden. Daher ist die

⁵ Vgl. Burkhauser, R. V., De Neve, J-E., Powdthavee, N., Top Incomes and Human Well-being around the World, IZA Discussion Paper Nr. 9677, Januar 2016.

⁶ Vgl. zu den unterschiedlichen Wachstumstheorien: Bontrup, H.-J., Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., München, Wien 1998, S. 534-585.

⁷ Zinn, K. G., Normative Wachstumskritik und positivistische Wachstumsskepsis, in: Attac Theorieblog –<http://theorieblog.attac.de>

⁸ Vgl. Dauderstädt, M., Neues Wachstum für Europa, in: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 5/2014, S. 21ff., Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2013: Sozial-ökologische Entwicklung statt Wachstumsmythos, Köln 2013, S. 245ff.

⁹ Werden durch höhere Effizienzen bei Produkten und Dienstleistungen weniger Umweltressourcen verbraucht, so kommt es zu Kosteneinsparungen, die in Preissenkungen weitergegeben das Kaufverhalten und den Gebrauch der Produkte wiederum verändern. Wenn beispielhaft der PKW-Kauf durch Effizienzsteigerungen günstiger wird, dann entscheidet sich der Käufer beim nächsten Auto womöglich für ein größeres Modell mit höheren Treibstoffkosten. Auch könnte das beim PKW eingesparte Geld in eine andere nicht so ökologisch ausgerichtete Verwendung

voreilige Forderung nach einem „weg von der einseitigen Orientierung am Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit“, wie sie u.a. der Politologe Ulrich Brand, Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags, in einem Beitrag („Wohlstand statt BIP-Zunahme“) für die Frankfurter Rundschau¹⁰ formuliert, wenig zielführend und vor allen Dingen nicht operational. Denn es gilt die Fragen zu beantworten, a) was konkret nicht mehr wachsen und b) wer unter den Bedingungen des „kapitalistischen Wolfsgesetzes“, der *Konkurrenz*,¹¹ entscheiden soll, was noch wachsen darf? Fragen wir beispielhaft die Beschäftigten und Kapitaleigner in der wegen ihrer Umweltschädigungen (siehe aktuell nur den Abgasskandal) viel gescholtenen Automobilbranche, ob die einen auf ihre *Arbeitsplätze* und die anderen auf ihre *Gewinne* zu Gunsten einer besseren *Umwelt* verzichten würden? Die Antwort lautet sicher zweimal nein! Im Gegenteil: Arm in Arm fordert der Betriebsratsvorsitzende mit „seinem“ Geschäftsführer von der Politik alles nur Erdenkliche zu tun, um weniger Produktion zu verhindern und Arbeitsplätze zu erhalten und selbstverständlich den Gewinn zu sichern. Umweltauflagen stören hier nur.

So kommt es in der kapitalistischen Welt immer wieder zu einer paradoxen Allianz zwischen Kapital und Arbeit und es wird von den ansonsten um Lohn und Gewinn streitenden Kontrahenten ein unheilvoller Vertrag zu Lasten Dritter, der *Umwelt*, abgeschlossen. Wie schwer dabei ein politisches Aufbrechen des interessenorientierten und widersprüchlichen Handelns in der kapitalistischen Ökonomie ist, zeigt einmal mehr die hochaktuelle Debatte um die dringend notwendigen *Erneuerbaren Energien* bzw. um die „Ökostromumlage“ im Hinblick auf das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG).¹² Fast alle finden die Erneuerbaren gut, nur bezahlen will sie keiner, treu dem Motto „wasch mich, mach mich aber nicht nass“.

Gerade ist außerdem zu beobachten was passiert, wenn eine Volkswirtschaft wie Griechenland, wenn auch nicht freiwillig und vorbereitet, fast ein Viertel der wirtschaftlichen Leistung einbüßt bzw. *negative Wachstumsraten* realisiert, der Staatskonsum um 40 v.H. zurück geht und die Investitionen um fast 70 v.H. schrumpfen und in Folge die registrierte Arbeitslosenquote bei 25 v.H. liegt sowie die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos ist. Dann liegt im Befund eine *Elends- und keine Wohlstandsökonomie* vor – und es kommt in der Gesellschaft womöglich zusätzlich noch zu einer gefährlichen *politischen Entdemokratisierung*. Auf der

gebracht werden. Vgl. dazu ausführlich: Santarius T., Der Rebound-Effekt: Die Illusion des grünen Wachstums, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/2013, S. 67ff.

¹⁰ Brand, U., Wirtschaftswachstum - immer mehr, in: Frankfurter Rundschau vom 31.08.2014. Vgl. dazu auch Brand, U., Wohlstand – wie anders? Wachstumskritik als Teil der Debatte um sozial-ökologische Transformation, in: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 5/2014, S. 28ff.

¹¹ Vgl. Bontrup, H.-J., Wettbewerb und Macht in Deutschland – zwei Seiten einer Medaille, in: Konzernmacht brechen! Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle, Attac Österreich (Hrsg.), Wien 2016, S. 204ff., Bontrup, H.-J., Wo geht es hier bitte zur Marktwirtschaft? Marktwirtschaftliche Ordnung, Wettbewerb und Wirtschaftsmacht, pad-Verlag Bergkamen 2012

¹² Vgl. Bontrup, H.-J., Marquardt, R.-M., Energiewende. Verteilungskonflikte, Kosten und Folgen, Köln 2015.

Strecke bleibt auf jeden Fall ein von den Umweltschützern zu Recht eingeforderter *vorsorgender Umweltschutz*, den in der Krise mit einer rückläufigen oder auch nur stagnierenden Wirtschaft aber keiner mehr bezahlen will (kann).

Wachstum allein, vor allen Dingen *irgendein* rein quantitatives Wachstum, ist jedoch unter Umweltaspekten auch keine Alternative mehr, um die Probleme an den *Arbeitsmärkten* (vgl. Kap. 6 und 7) und in den *Staats- und Sozialhaushalten*¹³ zu lösen oder *Armut* zu bekämpfen. Dabei wird übrigens das reale Wachstum in der jüngeren Vergangenheit Deutschlands (seit der Wiedervereinigung) völlig überschätzt und zusätzlich ökonomisch noch fehlinterpretiert. Damit ist nicht nur die falsche Wohlstandsmessung durch das Bruttoinlandsprodukt als Wachstumsindikator gemeint (vgl. Kap. 2), sondern vielmehr der Tatbestand, dass sich ein *nachhaltiges Wachstum* nur in der Höhe der jährlichen *Nettoinvestitionen* zeigt. Alle anderen Größen innerhalb des Bruttoinlandsproduktes (privater und staatlicher Konsum, Abschreibungen und der Außenbeitrag) werden in den jeweiligen Jahren im Inland und Ausland verbraucht (vgl. Kap. 3 und 4). Davon ist also nichts mehr vorhanden.

Der *Verbrauch* unter den Wirtschaftssubjekten war und ist aber auf Grund der funktional und personell ungleichen Verteilung der Wertschöpfungen nicht gleichverteilt. *Wachstumskritik* kann demnach nicht ohne die *Verteilungsfrage* geübt werden. Hier liegt die *Problemlösung* in einer gerechteren *marktbezogenen primären Verteilung* der arbeitsteilig geschaffenen Wertschöpfungen sowie in einer entsprechenden *staatlichen Sekundärverteilung* durch eine Steuer- und Sozialabgabenpolitik (vgl. Kap. 5). Schlicht gesprochen muss den oberen Schichten Einkommen und Vermögen genommen und es den unteren Schichten gegeben werden. Dies wird auf Grund des Tatbestandes, dass die da *Unten* marginale Sparquoten von null und weniger haben und die da *Oben* über hohe Sparquoten verfügen, zu einem insgesamt höheren Konsum und damit auch gesellschaftlich gerechtfertigten Wachstum führen. Denn die gerechte Lösung sollte lauten: *Wohlstand für Alle!*¹⁴

Zur Umverteilung von oben nach unten muss außerdem auf ein *sozial-ökologisch orientiertes Wachstum* in Verbindung mit einer *kollektiven Arbeitszeitverkürzung* gesetzt werden (vgl. Kap. 8 und 9). Beides ist aber nicht mit einem *liberalisierten Markt* unter einseitigen Profitausrichtungen umsetzbar. Ohne *staatlich regulierende Interventionen* in die Märkte (Güter-, Finanz- und Arbeitsmärkte) wird es hier immer wieder nur zu suboptimalen gesellschaftlichen Ergebnissen kommen. Insofern ist die Abkehr von einer heute einseitig betriebenen *neoliberalen (marktradikalen) Politikausrichtung*, die auf liberalisierte Märkte und einer Hofie-

¹³ Vgl. dazu ausführlich: Bontrup, H.-J., *Der diskreditierte Staat, Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen*, Bergkamen 2012.

¹⁴ Vgl. Erhard, L., *Wohlstand für alle*, Berlin 1957. Zum nicht eingelösten Versprechen vgl. die Studien von Afheldt, H., *Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder*, München 1994 und Ders., *Wirtschaft die arm macht. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft*, München 2003.

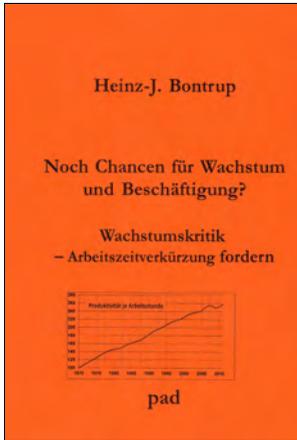
rung von Konzernen,¹⁵ einer Umverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkommen (Gewinn, Zinsen, Mieten und Pachten) sowie einen schwachen (unterfinanzierten) Staat setzt, schnellstens Abstand zu nehmen. Dies wird jedoch letztlich alles nur dann gelingen, wenn es insgesamt zur Umsetzung einer *Wirtschaftsdemokratie*¹⁶ kommt und damit das heute vorliegende einseitige Sagen der Kapitaleigner in der Wirtschaft durchbrochen wird. Dazu wird ein politischer Transformationsprozess notwendig sein. „Die Verheißungen der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ sind aus ihren ideologischen und unscharfen Feiertagsfloskeln in gesetzgeberische und tagtäglich praktizierte Realität umzusetzen. Es zeigt sich dann, dass das legitime Erbe und die konsequente Weiterentwicklung der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ eine *Sozialistische Marktwirtschaft* mit einer *wirtschaftsdemokratischen Corporate Governance*, Beteiligungen der Belegschaften am Produktivvermögen (in zunehmenden Umfang und in unterschiedlichen Formen)¹⁷ sowie einer makroökonomischen Strukturpolitik mit weiterentwickelten Institutionen und Instrumenten (innerhalb eines kohärenten Politikmixes mit Geld- und Fiskalpolitik) ist.“¹⁸

¹⁵ Vgl. Attac Österreich (Hrsg.), Konzernmacht brechen! Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle, Wien 2016.

¹⁶ Vgl. Bontrup, H.-J. Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 5. Aufl., Köln 2013, Bontrup, H.-J., Wirtschaftsdemokratie als Alternative zum Kapitalismus, in: Die ZEITPresse, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Winter 2015/16, S. 11-17. Demirovic, A., Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven, Münster 2007, ŠiK, O., Humane Wirtschaftsdemokratie, Ein Dritter Weg, Hamburg 1979.

¹⁷ Vgl. Bontrup, H.-J., Springob, K., Gewinn- und Kapitalbeteiligung. Eine mikro- und makroökonomische Analyse, Wiesbaden 2002, Bontrup, H.-J., Gewinn- und Kapitalbeteiligungen. Instrumente für eine gerechtere Verteilung der Wertschöpfung und gegen das Investitionsmonopol des Kapitals, in: Lorenz, F., Schneider, G. (Hrsg.), Raus aus der Krise! Mitbestimmung neu denken: Handlungsoptionen für betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretungen, Hamburg 2009, S. 73ff.

¹⁸ Krüger, S., Industrie 4.0. Einordnung und Erfolgsbedingungen der neuen Produktivkräfte gesellschaftlicher Arbeit, in: Sozialismus, Heft 4/2016, S. 43.



Heinz-J. Bontrup

Noch Chancen für Wachstum und Beschäftigung? - Wachstumskritik – Arbeitszeitverkürzung fordern

76 Seiten, 5.-- Euro

INHALT: 1. Einleitung / 2. Bruttoinlandsprodukt – ein falscher Wohlstandsindikator / 3. Das Bruttoinlandsprodukt in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung / 4. Finanzierung der Nettoinvestitionen / 5. Die Verteilung der

Wertschöpfung ist entscheidend / 6. Größte Verlierer sind die Arbeitslosen / 7. BIP-Wachstum und Produktivität / 8. Wachstum und Arbeitszeitverkürzung (Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich - Arbeitszeitverkürzung ohne Wachstum) / 9. Umverteilung bei zu geringer Produktivität / 10. Finanzierungsmasse reichlich vorhanden - Arbeitszeitverkürzung umsetzen! / 11. Conclusio / 12. Anhang

Wir produzieren mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft immer mehr. Die Produktivitätssteigerung hat nicht nur zu einer exorbitanten Reichtumsvermehrung auf der Seite der Kapitalbesitzer geführt. Einen Ausweg aus dem langdauernden Elend der Massenarbeitslosigkeit bietet nur eine überfällige Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. - Das Thema *Degrowth* (Wachstumsrücknahme, Postwachstum) ist eher fürs Feuilleton als denn für eine sachliche ökonomische Betrachtung unter realistischen Bedingungen tauglich:

„Nicht zuletzt vor dem Hintergrund beträchtlicher aufgestauter privater und öffentlicher Investitionen und einer außerdem vorliegenden Massenarbeitslosigkeit sowie prekarisierter Arbeitsmärkte mit einem ausgeprägten Niedriglohnsektor (trotz jetzt eingeführtem gesetzlichen Mindestlohn) auf ein produktivitätsgetriebenes Wachstum verzichten zu wollen, ist eher Sozialromantik und gegenüber den Arbeitslosen und Prekarisierten sowie den Armen im Land geradezu zynisch. Wenn eine Wirtschaft, und dies ist völlig unabhängig von der Wirtschaftsordnung, nicht wächst oder sogar schrumpft, entsteht in Folge unweigerlich eine Elendsökonomie wie der Fall Griechenland überdeutlich zeigt. Und der von den Wachstumskritikern so vehement – zu Recht – eingeforderte Umweltschutz hat am Ende nicht einmal mehr eine auch nur marginale Umsetzungs- bzw. Internalisierungschance.“

(Heinz-J. Bontrup)